

Her mit dem schönen Leben ! Gegen kapitalistische Verwertungslogik !



Hinein in den sozialrevolutionären Block!

Die so genannten „Reformen“, von denen im Moment die Rede ist, haben unterschiedliche Namen: Hartz, Agenda 2010, Arbeitsmarktreform, Rentenreform, Steuerreform, Gesundheitsreform, Bildungsreform etc. Aber eines haben sie alle gemeinsam: Es geht darum, den Druck auf Beschäftigte, Arbeitslose, Behinderte, RentnerInnen, SchülerInnen und StudentInnen in allen Lebensbereichen zu erhöhen und Kürzungen von Einkünften und Leistungen durchzusetzen. Zusammengenommen stellt das „Reformpaket“ der Bundesregierung und der Landesregierungen den größten Angriff auf die lohnabhängige Bevölkerung in der Geschichte der Bundesrepublik dar. Aber nicht nur die Reformen des Staates stellen einen Angriff auf unsere Lebensbedingungen dar; auch von Unternehmenseite und in der öffentlichen Diskussion wird immer massiver gefordert, länger zu arbeiten und zwar für weniger Geld. Ihren Höhepunkt fand diese Auseinandersetzung in der Hetze gegen den Streik in der ostdeutschen Metallbranche für die Einführung der 35-Stunden-Woche, dem darauf folgenden Streikabbruch durch die Gewerkschaftsführung sowie in der wochenlangen Krise der IG-Metall.

Wir werden im Folgenden die wesentlichsten Kürzungen und bereits stattgefundenene Einschnitte benennen, die Ursachen dafür aufzeigen und einen inhaltlichen Beitrag dazu leisten, wie den Kürzungen unserer Meinung nach am besten entgegengetreten werden kann.

Die wesentlichsten Verschlechterungen in aller Kürze:

Der Kündigungsschutz in Kleinbetrieben wird aufgehoben, Leiharbeit, prekäre Beschäftigung und Scheinselbständigkeit werden ausgeweitet. Die Reallöhne sind im Zeitraum von 1992 bis 2002 um 4,4 Prozent gesunken und Arbeitszeit und Belastungen am Arbeitsplatz nehmen weiter zu. Das Arbeitslosengeld wird für alle EmpfängerInnen auf 12 Monate, für über 55-jährige auf 18 Monate gekürzt. Die Arbeitslosenhilfe wird auf das Niveau der Sozialhilfe gesenkt. Es gibt einen höheren Druck für Arbeitslose, jede „zumutbare“ Arbeit anzunehmen, sonst sind Leistungskürzungen unterhalb der Sozialhilfe möglich. Die Renten sollen weiter gesenkt und das Renteneintrittsalter erhöht werden. Es ist geplant, Studiengebühren einzuführen und die (Hoch-)Schulen sollen umstrukturiert werden. Für Zahnersatz und Krankengeld müssen wir künftig selber aufkommen. Beim Arzt soll ein Eintrittsgeld (10 Euro) verlangt und die Zuzahlungen zu Medikamenten erhöht werden, frauenspezifische Leistungen und Härtefallklauseln sollen wegfallen. Hohe Einkommen sollen durch die Steuerreform entlastet werden.

Von den Kürzungen und Verschlechterungen sind viele unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche betroffen; aber im Wesentlichen nur eine Klasse: die lohnabhängige Bevölkerung, während wiederum die oberen Gehaltsstufen und die Unternehmen entlastet werden. Was sind die gesellschaftlichen Ursachen hierfür?



Kapitalistische Normalität

Die menschliche Arbeitskraft ist in der Lage mehr herzustellen, als zu ihrer eigenen Reproduktion notwendig ist, sie kann somit Mehrwert schaffen. Da sich die Produktionsmittel im Kapitalismus in der Hand einiger Weniger befinden, wird dieser Mehrwert jedoch nicht zur Befriedigung gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse, sondern für die Vermehrung des Kapitals der herrschenden Klasse verwendet. Der Mehrwert wird angehäuft und immer wieder aufs Neue zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft verwendet, also in die Produktion investiert.

Weil der überwiegende Teil der Gesellschaft keine Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und -bedingungen besitzt, ist er dazu gezwungen, seine Arbeitskraft zu verkaufen, um genug Geld zum Leben zu haben, während die kleine Minderheit aus dem Produktionsprozess ihren Profit zieht. Wir bekommen am Ende des Monats nicht den Wert, den wir geschaffen haben, sondern nur einen Teil davon als Lohn und Gehalt ausgezahlt. Der weitaus größere Teil bleibt als Profit bei den Unternehmen. Des einen Freud, des andern Leid!

Der kapitalistische Produktionsprozess und damit auch die Notwendigkeit, Kapital durch die Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft in der Produktion zu verwerten, bestimmt alle Bereiche der kapitalistischen Gesellschaft, und ist dessen Grundlage. Weil es diesen grundsätzlichen Widerspruch zwischen den Interessen von KapitalistInnen und Lohnabhängigen gibt, sprechen wir auch von einer Klassengesellschaft.

Unsere Ausbeutung und die Ausrichtung unseres Lebens an den Verwertungsinteressen des Kapitals fängt bereits in der Schule an. Bildung hat nicht den Zweck, dem Menschen Wissen und Fähigkeiten zur eigenen Entfaltung zu vermitteln („Freiräume“, die nicht vollständig von Verwertungsinteressen durchdrungen sind, bilden die Ausnahme und bestätigen die Regel). Vielmehr geht es darum, dass wir von klein auf an die Bedürfnisse der Wirtschaft angepasst und zu „guten“ StaatsbürgerInnen erzogen werden; wir müssen heutzutage gewisse Fähigkeiten besitzen, um im Produktionsprozess überhaupt verwendet werden zu können. Dazu gehört es, dass wir lernen früh aufzustehen und an einen festgelegten Tagesablauf gewöhnt werden, dass uns Dinge wie Ordnung, Disziplin und Gehorsam gegenüber dem Lehrer (=Chef) anezogen werden. Wir lernen Wissen, was wir später im Berufsleben benötigen (z.B. Lesen und Schreiben, Wirtschaftslehre, etc.). Wir werden ideologisch als brave StaatsbürgerInnen erzogen, z.B. bürgerliche Werte und bürgerliche Staats-Ideologie im Ethik-, und Sozialkundeunterricht (selbst Werte wie das Respektieren anderer Menschen bzw. ihres Eigentums sind für das Funktionieren des Kapitalismus in bestimmten Bereichen unabdingbar). Natürlich ist es erst einmal positiv, wenn wir Schreiben und Lesen lernen, was wir ja auch in unserer Freizeit gebrauchen können. Das ist aber nicht der Grund für unsere Schulbildung, sondern ein positiver Nebeneffekt. Der Staat bildet uns nicht aus Nächstenliebe aus, sondern es steckt ein rein wirtschaftlicher Grund dahinter.

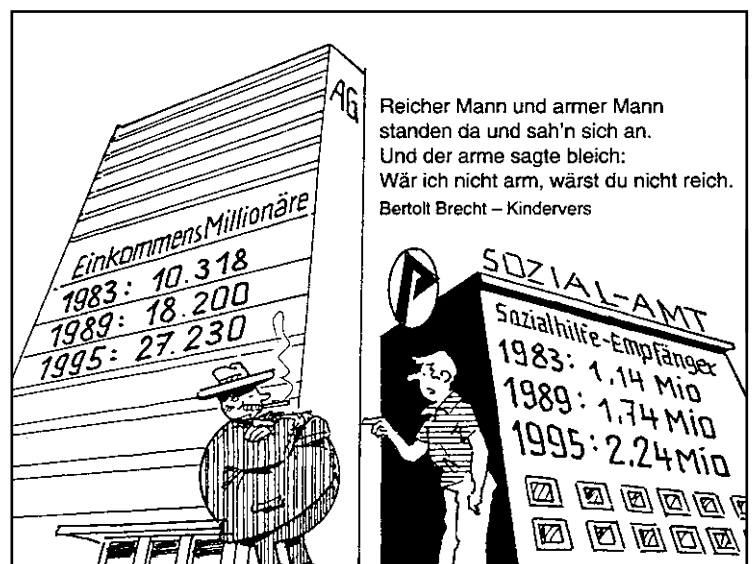
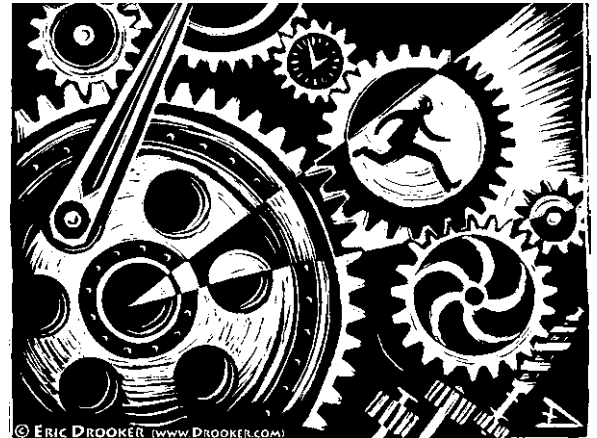
Die Schulnoten dienen dazu, bereits in jungen Jahren einen Leistungsdruck aufzubauen und das Menschenmaterial schon vor dem Berufsleben nach Verwertbarkeit und Einsatzgebiet zu unterteilen. Noch stärker an den Bedürfnissen der Wirtschaft sind in der Regel Berufsschule, Ausbildung und Studium ausgerichtet. Hier werden dem künftigen Arbeiter/Angestellten Fähigkeiten vermittelt, die unmittelbar für die spätere berufliche Tätigkeit benötigt werden. Nach der Ausbildung müssen wir lebenslanglich die meiste Zeit unseres Lebens arbeiten (soweit wir überhaupt noch einen Job finden) um unsere Existenz zu sichern, bis wir irgendwann nicht mehr so recht arbeiten können und die letzten Jahre unseres Lebens schließlich die Rente/Sozialhilfe „genießen“ können.

Der Kapitalismus gerät ins Stocken

Ständig auf der Suche nach den besten Möglichkeiten, das Kapital durch die Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft zu verwerten, um die Profite anschließend wieder aufs Neue in den Produktionsprozess zu investieren, steigen im Kapitalismus die Produktivkräfte scheinbar unaufhaltsam an. Die gewaltigen Zerstörungen des 2. Weltkriegs und die verbesserten Produktionsbedingungen des Fordismus (z.B. durch die Einführung der Fließbandarbeit) bescherten dem Kapitalismus einen unerwarteten Aufschwung. Diese enormen Produktivitätssteigerungen setzten sich mit der Zeit überall in der großen Industrie durch. Vor dem 1. Weltkrieg wurden in einer Autofabrik ungefähr 6.000 bis 10.000 Autos pro Jahr produziert. Henry Ford produzierte dank Fließbandarbeit 1914 in den USA 248.000 Autos. Nach dem 2. Weltkrieg investierten die Unternehmen daraufhin und infolge der Kriegszerstörungen riesige Summen ihres Reichtums in die Reparatur und in den Ausbau der Produktivkräfte und verursachten somit eine hohe Nachfrage nach Investitionsgütern (auch der private Konsum wurde durch die Kriegszerstörungen angeregt). Die Produktion wurde ausgeweitet. Deswegen stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften rasant an; so stark sogar, dass „GastarbeiterInnen“ aus dem Ausland angeworben werden mussten. Aufgrund dieser erhöhten Nachfrage nach der Ware Arbeitskraft stieg auch ihr Preis. Dies machte es nötig, Zugeständnisse an die ArbeiterInnenklasse zu machen. Die Löhne stiegen, die Arbeitszeit wurde gesenkt und ein Sozialstaat (auch infolge der Systemkonkurrenz des Ostens) wurde aufgebaut. Das regte schließlich auch einen nie da gewesenen Massenkonsum der normalen Bevölkerung in den fortgeschrittenen Ländern der 1. Welt an.

Das damalige Wirtschaftskonzept wird als Keynesianismus bezeichnet. Es wird davon ausgegangen, dass Wirtschaftskrisen durch eine Erhöhung des privaten Massenkonsums (Lohnerhöhungen und Steuersenkungen für ArbeitnehmerInnenhaushalte) und durch eine antizyklische Wirtschaftspolitik des Staates (in Krisenzeiten viel Geld ausgeben und Staatsschulden aufnehmen, in Boomzeiten die Schulden wieder abbauen) weitestgehend verhindert werden können. In den 70ern kam der Fordismus aber in die Krise und damit auch der Keynesianismus. Das Wirtschaftswachstums (BIP) flaute allmählich ab. Die Unternehmen hatten ihre Produktionsmittel modernisiert, die Investitionen gingen zurück. Auch der private Massenkonsum war gesättigt, und die Staaten schließlich hatten hohe Schulden angesammelt und konnten auch nicht mehr wahllos investieren. Die gesteigerte Produktivität konnte nicht mehr durch eine gesteigerte Produktion kompensiert werden.

Die wachsende Produktivität bescherte dem Kapital zwar höhere Profite, weil der erwirtschaftete Mehrwert größer wurde. Es gab aber nicht mehr genügend neue Produktions- und Absatzmärkte. So konnte das neu gewonnene Kapital nicht mehr verwertet werden



um sich weiter zu vermehren (Überakkumulationskrise). Außerdem konnten die produzierten Waren nicht mehr alle gewinnbringend abgesetzt werden (Überproduktionskrise). Das wirkte sich auch auf die Situation der lohnabhängigen Bevölkerung aus: Da nicht mehr das gesamte Kapital gewinnbringend in den Produktionsprozess investiert werden konnte, konnte auch nicht mehr so viel Arbeitskraft ausgebeutet werden. Anfang der 80er überstieg die Arbeitslosenzahl in der BRD erstmals die Millionengrenze und sollte von nun an wieder zu einem „Massenphänomen“ des Kapitalismus werden.

Die Staaten und ihre Ökonomen suchten nach Auswegen aus der Krise. Der Keynesianismus wurde vom Neoliberalismus abgelöst. Einerseits mussten die Arbeitskosten gesenkt und die Produktivität weiter erhöht werden, damit sich Ausbeutung wieder lohnte. Andererseits war man auf der Suche nach neuen Produktions- und Absatzmärkten. Die weitere Internationalisierung des Kapitals wurde forciert. Beschränkungen, welche die Bewegungsfreiheit des Kapitals störten (z.B. Zölle, Subventionen, Grenzen, besondere Einfuhrregelungen, Exportbeschränkungen), mussten weitestgehend aufgehoben werden. Das Kapital der imperialistischen Staaten sollte in der Lage sein, sich weltweit die besten Produktionsbedingungen herauszusuchen und überall neue Absatzmärkte zu erschließen und weniger konkurrenzfähige Unternehmen vom Markt zu verdrängen; die imperialistischen Staaten bauten ihre Vormachtstellung auf der Welt aus, die Länder der 3. Welt waren die Verlierer dabei.



Die aktuellen Angriffe auf große Teile der Bevölkerung sind nichts anderes als die Abwälzung der kapitalistischen Krisenerscheinungen auf die Lohnabhängigen. Die Kosten der zunehmenden Arbeitslosigkeit sollen nicht auf die Profitraten des Kapitals drücken, vielmehr sollen die bereits ins Wanken geratenen Profitraten gesteigert werden. Und das geht nur durch bessere Verwertungsbedingungen der Ware Arbeitskraft in allen Lebensbereichen: In der Schule, in Ausbildung und Studium, am Arbeitsplatz, in der Arbeitslosigkeit und im Alter. Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Löhne und Rente müssen gekürzt, Arbeitszeit und Lebensarbeitszeit müssen verlängert und die Anforderungen in Ausbildung und Beruf erhöht werden.

Nebenbei sei bemerkt, dass die Kriege, die derzeit wirtschaftlich und militärisch vor allem von Europa und den USA aus geführt werden, u.a. dazu dienen sollen, Produktions- und Absatzmärkte zu sichern und auszubauen. Kriege dienen ebenso wenig den Menschenrechten wie Lohnkürzungen und Sozialabbau zur „Sicherung unseres Lebensstandards“, sondern nur der Sicherung der Profite des Kapitals.

In Zeiten des Sozialabbaus, der Massenarbeitslosigkeit und der Lohnkürzungen werden in linkssozialdemokratischen Kreisen die Forderungen nach einem „Umdenken“, nach „sozialer Gerechtigkeit“ und nach einem Neo-Keynesianismus wieder lauter. Wir halten dies für problematisch. Es werden falsche Illusionen geschürt, dass es einen sozial gebändigten Kapitalismus geben könne. Das Wesen des Kapitalismus ist es aber, an den Bedürfnissen der Menschen vorbeizuproduzieren, zum einzigen Zweck der Kapitalakkumulation: Verwertung von Kapital durch die Ausbeutung von Lohnarbeit, Anhäufung der Profite und abermalige Verwertung des zugenommenen Kapitals in der Produktion. Der Keynesianismus hat aus zwei Gründen (zumindest im Moment) ausgedient: Erstens fehlen genügend Möglichkeiten, Kapital lukrativ zu verwerten. Auch Lohnerhöhungen können nur kurzfristig die Produktion ankurbeln; längerfristig werden Investitionen durch ein weiteres Abfallen der Profitraten sogar tendenziell blockiert. Zweitens hat sich auch die Situation auf dem Weltmarkt geändert. Einzelne Staaten sind durch die Liberalisierungen immer weniger in der Lage, Unternehmen „zur Verantwortung zu ziehen“. Verschlechtern sich in einem Land die Verwertungsbedingungen (z.B. durch Steuer- oder Lohnerhöhungen), wandert das Kapital ab und es freuen sich alle anderen Länder. Deshalb ist es umso wichtiger, Arbeitskämpfe weltweit zu führen, auch wenn so nur kurzfristige Verbesserungen erzielt werden können.

Die Rolle des Staates

Bezüglich der Rolle des Staates in der Gesellschaft herrschen bei vielen Menschen noch große Illusionen. Meistens wird der Staat als etwas neutrales, über der Gesellschaft stehendes angesehen. Als etwas, das die unterschiedlichen Interessen ausgleichen und für das Gemeinwohl aller sorgen muss. Dem entsprechend wird von linken Kräften oft an den Staat appelliert, er müsse doch für soziale Gerechtigkeit sorgen oder müsse in irgendeiner Weise zu Gunsten der ArbeitnehmerInnen in die gesellschaftlichen Prozesse eingreifen. Einige wollen sich sogar an die Regierung wählen lassen oder gar den Staat gleich komplett übernehmen, um ihn grundlegend umzukrempeln.

Damit Kapitalismus (optimal) funktionieren kann, müssen bestimmte Voraussetzungen gesamtgesellschaftlich erfüllt sein: Das Privateigentum an Produktionsmitteln muss gewährleistet, die Vertragsfreiheit gesichert und Verträge eingehalten werden, allen Menschen müssen formell die gleichen Rechte zugesichert werden, es muss ein allgemeines, verlässliches Recht geben. Arbeitskräfte müssen ausgebildet werden um verwertet werden zu können. Die Profitmaximierung einzelner Kapitale darf nur soweit gehen, dass die kapitalistische Gesellschaft als ganzes nicht gefährdet wird (z.B. Arbeitsschutz, Wettbewerbsverstöße, Ressourcenverbrauch). Außerdem muss das gesellschaftliche Leben geregelt ablaufen (z.B. kein Mord- und Totschlag auf den Straßen etc.). Konflikte, die im Kapitalismus zwischen Klassen entstehen, müssen entschärft (präventive Aufstandsbekämpfung) oder notfalls mit Gewalt verhindert werden (Aufstandsbekämpfung), damit der kapitalistische Normalbetrieb nicht gefährdet wird. Es müssen also einmal ökonomische Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass die kapitalistische Ökonomie überhaupt laufen kann; zusätzlich muss es eine Repressionsgewalt geben, die die Interessen des Kapitals durchsetzt und somit Bestandssicherung für den Kapitalismus betreibt.

Diese Aufgaben können von einzelnen Unternehmen oder Kapitalverbänden nicht übernommen werden. Es muss eine Institution geben, die die Interessen aller KapitalistInnen vertritt und in bestimmten Dingen durchaus auch zwanghaft gegen Teilkapitale durchsetzt., die dem allgemeinen Kapitalinteresse schaden. Diese Rolle des ideellen Gesamtkapitalisten übernimmt der Staat und internationale Organisationen (WTO, IWF etc.).

Darüber hinaus hat der Staat eine weitere Aufgabe im weltweiten Kapitalismus: Da die Konzerne der verschiedenen Nationen auf dem Weltmarkt miteinander konkurrieren, versucht jeder Staat, für „sein“ Kapital die besten Voraussetzungen zu schaffen. Zusätzlich konkurrieren auch die einzelnen Nationen als Standorte gegeneinander um die Gunst der weltweit operierenden Unternehmen. In der innenpolitischen Debatte werden die Lohnabhängigen durch Standortnationalismus auch an „ihre“ Nation gebunden und sollen ihre eigenen sozialen Interessen zugunsten eines konstruierten „Gesamtinteresses“ zurückstecken („Wir müssen alle Opfer bringen, damit Deutschland im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleibt!“). Zum Wohle des „nationalen Gesamtinteresses“ werden dann auch Menschen, die v.a. von der europäischen oder US-amerikanischen Außenpolitik aus ihren Heimatländern vertrieben wurden, als Menschen zweiter Klasse behandelt, soweit sie nicht „nützlich“ = kapitalistisch verwertbar sind („Wir Deutschen zuerst! Die Zuwanderung muss begrenzt werden!“).

Was können wir gegen die Angriffe von Staat und Kapital unternehmen?

Der Angriff auf unsere Lebensbedingungen ist in vollem Gange. Viele der Verschlechterungen und deren mittelfristige Folgen werden wir erst mit der Zeit zu spüren bekommen, z.B. wenn wir arbeitslos werden, prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingehen müssen oder wenn sich einfach die Arbeitsbedingungen durch den höheren Druck schrittweise verschlechtern. Wir finden es wichtig, sich jetzt schon zusammenzuschließen, um auf klassenkämpferischer Ebene die Verschlechterungen wenigstens teilweise zurückzuschlagen oder sogar punktuelle Verbesserungen zu erzielen. Das geht nur organisiert in sozialen Gruppen (z.B. Erwerbsloseninitiativen, Anti-Hartz-Gruppen) oder in Gewerkschaftsstrukturen. Dabei machen wir ausdrücklich darauf aufmerksam, dass die Gewerkschaften seit dem 2. Weltkrieg ihr klassenkämpferisches Programm zugunsten eines Programms der Sozialpartnerschaft mit den Unternehmen aufgegeben haben. Das Ziel der Gewerkschaften ist es nicht, das zumindest Mögliche an

Verbesserungen herauszuholen und die Unternehmen wirkungsvoll unter Druck zu setzen, sondern die Konflikte auf dem Verhandlungstisch durch ein geringes Quantum an Zugeständnissen zu befrieden, damit der reibungslose Betrieb des Kapitalismus nicht gestört wird. Proteste werden so für Unternehmen auf berechenbare Bahnen gelenkt. Dennoch stellen gewerkschaftliche Strukturen in vielen Fällen die einzige Möglichkeit dar, für die eigenen sozialen Rechte zu kämpfen. Damit die Kämpfe der Lohnabhängigen erfolgreich sein können, ist es gerade in Zeiten der Globalisierung notwendig, Klassenkämpfe auf einer internationalen Ebene zu führen. Nur wenn wir uns in unseren Kämpfen auf weltweite Befreiungskämpfe beziehen, und uns vernetzen, besteht die Möglichkeit, die Ideologie der nationalen Standortlogik zu durchbrechen. Das Proletariat hat kein Vaterland, wir kämpfen alle für die selben Interessen – weltweit!

Die Kette sprengen!

Im Kapitalismus lassen sich unsere Probleme aber nicht lösen und unsere Interessen nicht durchsetzen, weil die Produktionsmittel nicht zur menschlichen Bedürfnisbefriedigung, sondern nur zur Ausbeutung von Arbeitskraft und zur weiteren Kapitalakkumulation verwendet werden. Das hat gravierende Folgen:

Obwohl dank der heutigen Produktivkräfte alle Produkte mit wenig Arbeit im Überfluss produziert werden können, müssen die ProletarierInnen länger und zu schlechteren Bedingungen arbeiten. Es werden Kriege geführt, um die Produktion anzukurbeln, es müssen weltweit Millionen Menschen hungern, um die Ökonomie in Gang zu halten. Unsere Umwelt wird massiv verschmutzt und die Ressourcen der Erde vergeudet. Menschen werden wegen ihrer Abstammung, ihres Geschlechtes oder sonstiger Konstrukte zusätzlich unterdrückt und verfolgt. Die zunehmenden Krisen des Kapitalismus verschärfen diese Probleme noch weiter. Der Kapitalismus kann nicht reformiert, sondern muss abgeschafft werden.

Der Kapitalismus hat mit der Entwicklung gewaltiger Produktivkräfte schon lange die Voraussetzung für eine andere Gesellschaftsordnung geschaffen: Es gibt einen riesigen Überfluss an Produkten; die Produktivkräfte sind so weit entwickelt, dass wir nur noch einen Bruchteil unserer Lebenszeit selbstbestimmt arbeiten müssten, um alle in Luxus zu leben. Damit alle Menschen nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen arbeiten und leben können, müssen die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überführt werden. So können die Menschen selber entscheiden, wieviel sie arbeiten, was sie für eine Arbeit verrichten wollen und welche Produkte sie herstellen wollen. Mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel verliert auch das Geld seinen Sinn. Die Produkte können an alle Gesellschaftsmitglieder verteilt werden und müssen nicht mehr gegen Geld getauscht werden.

Die einzige Perspektive, um ein schönes Leben zu haben – und zwar weltweit in Solidarität mit den Menschen aus allen Ländern – ist die kommunistische Weltgemeinschaft. Diese lässt sich natürlich nur gegen die Interessen des Kapitals und gegen dessen Herrschaftsapparat – den bürgerlichen Staat – durchsetzen. Wenn wir uns nicht länger mit kapitalistischer Sachzwanglogik und faulen Kompromissen abspeisen lassen wollen, müssen wir uns auf revolutionärer Grundlage in kommunistischen Gruppen organisieren. Die Proteste gegen Sozialkahlschlag und die Klassenkämpfe in allen Bereichen der Gesellschaft müssen weltweit zugespitzt werden!

Sie müssen der Anfang vom Ende für das Kapital und der Beginn einer klassenlosen und herrschaftsfreien Gesellschaft sein!

Die Vereinzelung überwinden!

Den Staat zerschlagen und die Produktionsmittel aneignen!

Für die Dekonstruktion von Geschlecht, Rasse und Nation!

Für die Selbstaufhebung des Proletariats, her mit dem schönen Leben!

Für den Kommunismus!

**Bundesweite Demonstration gegen Sozialkahlschlag:
01. November 2003 • 13 Uhr Berlin–Alexanderplatz
Hinein in den sozialrevolutionären Block!**

Am 01. November im Sama-Café, Samariterstr. 32, Friedrichshain:

- **21 h Diskussionsveranstaltung:** „Die sozialen Angriffe nehmen zu – was macht die Linke?“
- **22.30 h Soliparty mit DJs** (Party Sahne + Rasta Studios Unlimited) + Cocktails



www.interkomm.tk
internationale kommunistInnen

V.i.S.d.P.: Peter Müller, Heinrich-Heine-Str. 1, 10179 Berlin